

ANMELDUNG:

Für die 15. Antifaschistische Sozialkonferenz am
28. Januar 2012 im Pavillon Hannover bitten wir um verbindliche
Anmeldung bis zum 20. Januar 2012.

Per Mail an: hannover@arbeitundleben-nds.de

Per Telefon 0511.12105-10, Per Fax 0511.12105-30

Anmeldung über Internet: www.arbeitundleben-nds.de

Die Teilnahmegebühr für die Veranstaltung beträgt 6,00 Euro/
ermäßigt 3,00 Euro (Studierende, Schüler und Arbeitslose)

WIR LADEN EIN:

Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen-Mitte

Bildungswerk ver.di Niedersachsen

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA)

Geschichtswerkstatt Hannover e. V.

DGB Region Niedersachsen – Mitte

DGB Jugend Niedersachsen – Sachsen-Anhalt

DGB Jugend Hannover

IG Metall Hannover

Pavillon Hannover

ver.di Jugend, Bezirk Hannover/Leine-Weser

VVN Bund der AntifaschistInnen Hannover



»In der Krise?
**Demokratie
stärken** gegen rechts.«



GESCHICHTS-
WERKSTATT
HANNOVER E. V.



15. Antifaschistische Sozialkonferenz
28. Januar 2012
10.00 Uhr – 15.30 Uhr

Pavillon

Kultur- und Kommunikationszentrum

Lister Meile 4 · 30167 Hannover

»In der Krise? Demokratie stärken gegen rechts«

15. Antifaschistische Sozialkonferenz

28. Januar 2012, 10.00 Uhr – 15.30 Uhr

Pavillon Hannover, Lister Meile 4

Die Wirtschaftskrise dominiert seit Jahren täglich unsere Schlagzeilen und hat längst einen politischen und sozialen Charakter. Politische Mitbestimmung wird immer weniger durch jeden einzelnen Bürger ausgeübt und Entscheidungen werden häufig unter vermeintlichen Sachzwängen getroffen. Die wahren Bedürfnisse der Menschen finden sich nur selten in Politik und Wirtschaft wieder.

Unsere Demokratie ist in der Krise an einem entscheidenden Punkt angekommen: viele Menschen spüren, dass ihre sicher geglaubte Position in der Gesellschaft bedroht ist und ihnen womöglich ein sozialer Abstieg droht. Sie wählen unterschiedliche Strategien, um dem zu begegnen, aber deutlich zeigt sich, dass es solche offenen Situationen Rechtspopulisten und Rechtsextremen leichter machen, Fuß zu fassen. Solidarität wird unter diesem Vorzeichen verkehrt und gilt als begrenzt. Damit wird Solidarität systematisch bestimmten Bevölkerungsgruppen vorenthalten: zunächst entlang den nicht nur rechtsextremen Ausgrenzungskategorien Nationalität, Hautfarbe, Geschlecht, Glauben und Lebensstil. Inzwischen wird aber auch die politische Meinungsbildung und politische Aktivität nicht mehr geachtet, wenn sie nicht dem normativen Maß entspricht. Und dieses Maß ist leider zu häufig Stillhalten statt Engagement.

Wie verarbeitet die Mitte die Krise? Welche Einstellungsmerkmale und Orientierungen haben die Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft? Welche demokratischen Mittel können wir der rechtspopulistischen Einflussnahme entgegensetzen? Wie kann politische Beteiligung möglich gemacht und gesellschaftlich anerkannt werden? Und wenn es dann mal schief gegangen ist: wie kann Politik und Zivilgesellschaft mit gewählten Rechten in Parlamenten umgehen? Diesen Fragen und Themen wollen wir auf dieser Konferenz nachgehen und diskutieren.

Aus Anlass des Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz am 27. Januar 1945 und der Machtübergabe an die Nazis am 30. Januar 1933 wird jährlich in Hannover die antifaschistische Sozialkonferenz durchgeführt.



Mitglieder von neofaschistischen Parteien, Organisationen und Zusammenschlüssen, sowie Personen, die uns als TeilnehmerInnen von neofaschistischen Veranstaltungen und Aktionen bekannt sind, erhalten keinen Zutritt!

PROGRAMM

Vortrag und Diskussion

Die Mitte in der Krise ?

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland

Johannes Kiess

Politikwissenschaftler und Mitglied der Arbeitsgruppe zum Rechtsextremismus an der Universität Leipzig

Streitgespräch

Demokratie, offene Gesellschaft oder law-and-order-Politik?

Sebastian Wertmüller

Bezirksgeschäftsführer Ver.di Braunschweig

Dietmar Schilff

Landesvorsitzender GdP Niedersachsen

Arbeitsgruppen

»Auf dem rechten Auge blind?« – Die Extremismuskonversation in Deutschland

Avanti – Projekt undogmatische Linke

Ole Petersen-Wemheuer

Ver.di-Jugend Bezirk Hannover/Leine Weser

Demokratie, offene Gesellschaft oder law-and-order-Politik?

Sebastian Wertmüller

Bezirksgeschäftsführer Ver.di Braunschweig

Dietmar Schilff

Landesvorsitzender GdP Niedersachsen

Nazi-Militanz und Strategien der Einschüchterung – Angstzonen und der Umgang damit am Beispiel Bückeburg

Martin Burgdorf

Rechtsextremismusexperte und freier Journalist